

Verkehrsallianz für den Norden

Vor dem Hintergrund maroder Schleusen in Brunsbüttel und Holtenau, der Notwendigkeit des weiteren Ausbaus des Nord-Ostsee-Kanals, erheblicher Mängel in der schienengebundenen Infrastruktur und im Öffentlichen Personennahverkehr, der bis vor wenigen Tagen desolaten Situation auf der Rader Hochbrücke entlang der A7, der überlangen Sanierung des Rendsburger Kanaltunnels, der künftigen Sanierungsarbeiten der A7 in Höhe Heimfeld in Hamburg sowie der erforderlichen Ertüchtigungsarbeiten der Köhlbrandbrücke und vieler mangelhafter kommunaler Straßen und Querungen wenden sich erstmals in einer gemeinsamen Erklärung die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord an Politik und Verwaltung, entschlossen an der Zukunftsfähigkeit des norddeutschen Wirtschaftsstandortes zu arbeiten und die entsprechenden Mittel freizugeben, um die Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur genauso sicher zu stellen, wie die Weichen zu stellen für existenziell notwendige Infrastrukturvorhaben der Zukunft.

Angesichts der umfangreichen Problemlagen in der Verkehrs- und Finanzpolitik hat Instandhaltung für uns einen hohen Stellenwert. Dennoch dürfen Zukunftsprojekte nicht gegen notwendige Sanierungsvorhaben und Bestandsnetzsicherung ausgespielt werden.

Ihre Forderungen erheben die Sozialpartner vor dem Hintergrund der laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin, aber auch, um den Wirtschaftsstandort Norddeutschland zu ertüchtigen in der Erkenntnis, dass gerade im Norden der Nachholbedarf im bundesdeutschen Vergleich erheblich ist. Mit den nachfolgenden Forderungen sollen nicht nur bestehende Arbeitsplätze erhalten, sondern zugleich wichtige Signale für Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden, damit die Attraktivität des norddeutschen Wirtschaftsstandortes nicht weiter verloren geht.

Dieses vorangestellt **f o r d e r n** UVNord und DGB Nord:

1. Norddeutschland, insbesondere Hamburg und Schleswig-Holstein, braucht moderne und leistungsfähige Verkehrswege

Als starker Industrie- und Dienstleistungsstandort benötigt der Norden mehr denn je moderne und leistungsfähige Verkehrswege. Nur dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen für den reibungslosen Transport von Produkten zu den Produktionsstätten und die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Maßnahmen verbessern zudem den Zugang zu den Beschaffungs- und Absatzmärkten entlang der logistischen Kette. Die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiges Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.

Zu den vordringlichsten Aufgaben, die von nationaler Bedeutung sind, zählen u. a.

- die Ertüchtigung der Schienenknoten in Hamburg, Bremen und Hannover (Y-Trasse),
- der Ausbau und die Ertüchtigung der Güterstrecke im „Ostkorridor“ von Hamburg nach Bayern über einen Teil der neuen Bundesländer,
- die Fahrrinnenanpassung der Elbe,
- der Bau einer Hafenuferspange,
- die Ertüchtigung der Gesamtstrecke und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals mit größerer Dringlichkeit und mehr Mitteln,
- der Weiterbau der A20,
- die umfassende Sanierung der Rader Hochbrücke entlang der A7, des Rendsburger Kanaltunnels, der Heimfelder Brücke, der Köhlbrandbrücke, und im Weiteren bedarf es eines zeitnahen Ausbaus
- der A7 vom Elbtunnel bis zum Bordscholmer Dreieck.

2. Verkehrsinfrastrukturpolitik verlangt nach einem neuen Stellenwert

Um die norddeutsche Wirtschaft und die Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten, muss die Infrastrukturpolitik einen neuen Stellenwert erhalten. Ihre Bedeutung muss als rahmengestaltender Faktor für die praktische Wirtschafts-, Industrie-, Beschäftigungs- und Raumordnungspolitik wahrgenommen werden. Es zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Verkehrsinfrastruktur, die Voraussetzungen für die Mobilität von Menschen und den Transport von Gütern zu schaffen. Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung für Beschäftigung und Lebensqualität. Seit vielen Jahren wird in den Erhalt, der Modernisierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Norden zu wenig investiert. Aufgrund der aktuellen Verkehrssituation im Norden muss sich dies unverzüglich ändern. Alle Verantwortungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft, in Bund und Ländern sind daher aufgefordert, gemeinsam mit der Politik den Stellenwert von Verkehrsinfrastrukturpolitik messbar zu erhöhen und zu verdeutlichen, dass nur gut ausgebaute Straßen, Schienen, Wasserwege und Luftverkehre die notwendige Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung bilden.

3. Verkehrsinfrastrukturpolitik muss eingebunden werden in einen Masterplan Mobilität

Die Weiterentwicklung der Verkehrswege, deren Verknüpfung der Netze im Personen- und Güterverkehr, der Hinterlandanbindung unserer See- und Binnenhäfen als Basis von funktionierenden Logistikketten, muss Bestandteil werden eines Masterplans Mobilität. Das rasante und fortschreitende Wachstum des Personen- und besonders des Güterverkehrs stellt für Norddeutschland als europäisches Transitland eine große Herausforderung dar. Die zentrale strategische Herausforderung bei der Entwicklung des Masterplans Mobilität besteht darin, dass nachhaltige Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und zugänglich bleibt, gleiches gilt für die Wirtschaft. Es genügt daher nicht, in wiederkehrenden Abständen einen neuen Bundesverkehrswegeplan aufzustellen und zu beschließen. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan muss in seiner Erstellung reformiert und an den Vorgaben durch die EU orientiert werden.

4. Unterfinanzierung der Infrastruktur gefährdet Wirtschaft und Arbeitsplätze am Standort Norddeutschland

Die Infrastruktur in Norddeutschland ist seit Jahrzehnten erheblich unterfinanziert. Dies hat zu einem massiven Substanzverzehr bei den wichtigsten Verkehrswegen geführt. Davon sind die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein besonders betroffen, wie deren gemeindliche Straßen und Bauwerke. In den Kommunen stellt sich die Lage besonders dramatisch dar: Der kommunale Investitionsbedarf ist erheblich und derzeit aus eigener Kraft nicht zu leisten. Diesem Umstand muss entgegengesteuert werden.

5. Verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten sind gefordert

Für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten sind verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen zu erschaffen. Es ist Zeit für eine Zukunftsinvestitionsoffensive der öffentlichen Hand. Der Bundesetat für Bundesverkehrswege muss gemäß des Befunds der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ um 7,2 Milliarden Euro für die nächsten 15 Jahre erhöht werden. Besonders berücksichtigt werden müssen die norddeutschen Bundesländer, da deren Verkehrswege von nationaler Bedeutung sind.

6. Die norddeutschen Bundesländer sind aufgefordert, gemeinsame Lobby-Arbeit in Berlin zu verstärken

Nur durch gemeinsames, entschlossenes politisches Auftreten kann auf die Anforderungen für eine zukunftsfähige Infrastrukturpolitik im Norden hingewirkt werden. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir intensivere Anstrengungen des Bundes zugunsten der Infrastruktur des Nordens, denn auch hier entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands in Europa.

*

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord:

„Die neue Bundesregierung muss den Norden besser behandeln als die alte. Mehr als 90 Prozent der weltweit gehandelten Güter und 25 Prozent aller deutschen Ausfuhren werden über den Seeweg transportiert. Als Produktionsstandort und Drehscheibe braucht die Wirtschaftsregion daher intakte Wasserwege und Schienennetze, Straßen und Brücken - daran hängen Jobs in ganz Deutschland. Wir sind uns einig: Wer die Verkehrsinfrastruktur nachhaltig stärkt, der investiert in Wachstum und Arbeitsplätze auch für künftige Generationen.“

Uli Wachholtz, Präsident des UVNord:

„Die dringende Notwendigkeit der Sanierung und des weiteren Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur im Norden eint Arbeitgeber und Gewerkschaften. Verkehrsinfrastruktur ist das Fundament für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Norden. Den Sozialpartnern ist es sehr ernst um diese Frage, es geht um die Zukunft von Hamburg und Schleswig-Holstein!“



Uwe Polkaehn und Uli Wachholtz stehen den Redaktionen heute für Interviews und O-Töne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich bei Bedarf an die Pressestellen.

Für Rückfragen:

Sebastian Schulze
UVNord - Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.
- BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein
Paradeplatz 9, 24768 Rendsburg
Telefon: 04331-1420-55, Telefax: 04331-1420-50
Kapstadtring 10, 22297 Hamburg
Telefon: 040-637851-23, Telefax: 040-637851-51
Mobil: 0171-7056940
Email: schulze@uvnord.de
www.uvnord.de

Günter Beling
DGB Bezirk Nord
Pressestelle / Kommunikation
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Büro 040 2858 207
Mobil 0170 20 79 145
Fax 040 2858 230
guenter.beling@dgb.de
www.nord.dgb.de

18.11.2013